

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe februar 2005**



**Herausgeber, V.i.S.d.P.**

Harald Berzl  
Vorsitzender des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Leipziger Straße 61  
10117 Berlin  
Tel./Fax: 030 - 208 24 19  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin Harald Berzl  
Jan Valentin Deichsel Gaby  
Heise Maren Jasper Kurt  
M. Lehner Erwin Loßmann  
Udo v. Massenbach Katja  
v. Maur Heiko Müller-Nick  
Peter Pawlowski Martina  
Rozok Christoph Santl  
Henner Schmidt Stefan  
Scholz Tim Stuchtey Sascha  
Tamm Corvin Tolle  
[reda@liberal-central.de](mailto:reda@liberal-central.de)

**Autoren dieser Ausgabe**

Helmut Abrell Natja Denk  
Wolf-Dieter Hasenclever  
Peter Lundkowski Ulla  
Neidt Alexander Ritzmann

**Leserbriefe**

Kurt M. Lehner Sibylle  
Meister Yvonne Wende

**FDP in Mitte im Internet**

[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.liberalweb.de](http://www.liberalweb.de)  
[www.fdp-friedrichstadt.de](http://www.fdp-friedrichstadt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 0653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe februar 2005**

[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

in der Saison der Gremienwahlen 2005 liegen vier von fünf Jahreshauptversammlungen unserer Ortsverbände hinter uns. Mit Blick auf vier Veranstaltungen, die gut besucht und von offener und authentischer Diskussion, sachlichen Personalentscheidungen und trefflicher Stimmung geprägt waren, kann man sich freuen, dass unser Bezirksverband Mitte sich – wieder – auf seinem Weg zum leuchtenden Vorbild des liberalen Lagers befindet.

Eine Personalauswahl für Parteiämter und –mandate, bei welcher Integrität, Kompetenz und Engagement im Vordergrund stehen und nicht die Bereitschaft, sich an gerade besonders interessant erscheinenden Ränkespielen zu beteiligen, ein innerparteiliches Klima, wo im Wettbewerb von Kandidaten das Foulspiel verpönt ist: Das ist der Humus, auf dem unsere Partei gedeihen kann.

In jedem Fall werden die innerparteilichen Personalentscheidungen in Orts- und Bezirksverbänden einigen Wochen gefällt sein – und dann gilt es sich ganz fix wieder, um es mit den Worten von Martin Lindner zu sagen, „an das Wesentliche zu erinnern, an die Kunden.“

Im Übrigen erlaube ich mir einen Appell an die Mitglieder im Bezirk Mitte, die „der FDP“ noch keine e-mail-Adresse mitgeteilt haben, was Sie daran erkennen, dass sie LC per Brief-Post erhalten: Organisatorische Effizienz ist nicht nur ein liberaler Wert, sondern auch ein Gebot der Stunde. Bitte teilen Sie nach Möglichkeit dem Landesverband, dem Bezirksverband Mitte oder Ihrem Ortsverband Ihre e-mail-Adresse mit. Auskünfte zu weitergehenden Fragen erteilt Ihnen gerne Landesgeschäftsführer Horst Krumpfen. Wir in Mitte und auch der Landesverband können dann Kopierkosten und Portogelder stattdessen für die politische Arbeit verwenden. Und Sie können LC ein paar Tage eher lesen.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Wir wollen bei uns die Menschen sammeln,  
die nicht etwas werden wollen, sondern die  
etwas sein wollen, nämlich sie selbst,  
Menschen eigenen Wachses und eigener  
Verantwortung.

Theodor Heuss

## Lagebericht des Vorsitzenden

# Gemeinsam sind wir stark

von Harald Berzl



Liebe Parteifreunde.

Wie Sie wissen, ist dies mein letzter Lagebericht. Zugegeben, das ist verführerisch. Aber: Keine Eitelkeiten! Es gebührt dem Moment, vor allem den Blick voran zu werfen und die Rückschau so kurz zu halten wie es der Anstand zulässt, nämlich für ein Dankeschön.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung, die ich in den vergangenen vier Jahren reichlich und verlässlich erfahren habe. Unser Bezirksverband ist inzwischen eng zusammengewachsen. Wir waren immer besonders stark, wenn wir an einem Strang gezogen haben. Es gilt, sich dieser einfachen Regel immer wieder zu besinnen. Ich sage das ganz selbstkritisch. Denn bedauerlicherweise haben in den letzten Monaten oft persönliche Befindlichkeiten und Interessen die wesentlichen, nämlich die politischen, Themen überlagert. Das ist nicht im Sinne unserer Sache. Und es war auch nicht in meinem Sinne.

Ich bin voller Zuversicht, dass die Wahl des kommenden Bezirksvorstandes indessen eine gute Gelegenheit ist, mit neuem Schwung zu starten. Ich freue mich daher ganz besonders, dass es eine Reihe von Kandidaten und Kandidatinnen gibt, die neu für den Vorstand kandidieren und demnach gänzlich unbelastet von den Diskussionen der letzten Monate sind.

Maren Jasper und Henner Schmidt haben mit der Präsentation ihrer Vorstellungen überall im Bezirk bereits gezeigt, dass sie die Mitglieder in den Ortsverbänden stärker in Entscheidungen einbeziehen wollen, und damit einen neuen Stil eingeführt. Ich finde dies sehr begrüßenswert.

Ich wünsche meinem Nachfolger bzw. meiner Nachfolgerin viel Erfolg dabei, den Bezirksverband bei aller interessanten Vielfarbigkeit und Vieltimmigkeit zu höchster Geschlossenheit und Kooperation zu führen und uns zudem stark nach außen zu präsentieren, vor allem gegenüber dem Landesverband und der Abgeordnetenhausfraktion.

Inzwischen haben wir in Letztgenannter auch wieder einen direkten Ansprechpartner. Um kurze Wege bei der Kommunikation zwischen dem Bezirksvorsitzenden und der Abgeordnetenhausfraktion zu ermöglichen, habe ich Herrn Dr. Lindner vorgeschlagen, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rainer Michael Lehmann als unseren Ansprechpartner zu benennen. Herr Lehmann kommt aus unserem Nachbarbezirk Pankow, der mit Mitte viele Themen gemein hat. Insbesondere durch seinen Schwerpunkt Sozialpolitik sowie durch seine kommunalpolitische Tätigkeit hatte Herr Lehmann bereits viele Berührungspunkte mit unserem Bezirk.

Ich bin überzeugt, dass unser Bezirksverband sich in den nächsten Jahren prächtig entwickeln wird. Sie können darauf zählen, dass ich in Zukunft unsere gewählten Vertreter konstruktiv unterstützen werde, und bitte Sie, dies ebenfalls zu tun.

Gemeinsam sind wir stark.

---

*Harald Berzl (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte*

Kommentar aus Mitte

## Wird endlich gut was lange währt? Reformen brauchen langen Atem

*von Katja von Maur*

Wirft man einen genauen Blick auf die im neuen Jahr anstehenden großen Reformprojekte wie Hartz IV, Lkw-Maut oder die Föderalismusdebatte, so muss man klar feststellen, dass der Erfolg notwendiger Veränderungen und Reformen offensichtlich davon abhängt, dass man ihnen für die theoretische Konzeption und die praktische Entwicklung genug Zeit einräumt.

Die Einführung von Hartz IV und der Lkw-Maut haben deutlich gemacht, dass nur ein ausreichend langer oder sogar ein zweiter Anlauf die Chance zur Umsetzung von Reformen bietet.

Beide Reformprojekte hatten bis zu ihrer endgültigen Einführung unzählige Hürden zu überwinden. Dies begann bereits im Vorfeld mit der Infragestellung der Notwendigkeit der Einführung von Hartz IV und der Lkw-Maut durch die unterschiedlichen Interessenverbände. Warum stoßen eigentlich Reformvorhaben gerade in Deutschland auf so heftigen und massiven Widerstand? Werden von dringend erforderlichen umfangreichen Reformvorhaben im Ergebnis lediglich Reförmchen übrig bleiben?

Probleme und Schwierigkeiten, die bei jeder Konzeption und Entwicklung von Reformprojekten regelmäßig auftreten, wurden im Fall von Hartz IV und Toll Collect von Reformskeptikern und Medien gleichermaßen dankbar aufgenommen und ausgewalzt, weil offenbar ein breites Interesse daran bestand, die Projekte von vorneherein zu verhindern. Dies lag zum einen an der leider sehr verbreiteten fehlenden Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen. Zum anderen waren die zu berücksichtigenden Interessen so vielfältig und unterschiedlich, dass die Vertreter dieser Interessen meist völlig stur auf ihrem Standpunkt verharrten, anstatt die Chance für eine aktive Mitgestaltung zu ergreifen.

Schlechtes Projektmanagement, mangelhafte Kommunikation und Strukturprobleme legten nahe, dass beide Projekte tatsächlich zum Scheitern verurteilt waren.

Dies ist allen Unkenrufen zum Trotz nicht passiert, weil ihnen schließlich doch der erforderliche Zeitaufwand zugebilligt wurde. Eine sorgfältige Herangehensweise an die Frage des ob und wie der Notwendigkeit von Nachbesserungen - gemessen an den Reformzielen - wäre daher wünschenswert.

Hartz IV scheint in den Berliner Behörden bislang ohne allzu große Probleme für die Betroffenen angelaufen zu sein. Die Entscheidung für Hartz IV ist ein erster, wenn auch zaghafter Schritt in die richtige Richtung, der das Leistungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft setzt. Die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen erfordert jedoch weitere Schritte – wie die Beispiele der Länder mit liberaler Regierungsbeteiligung, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Niedersachsen, zeigen, wo bereits bürokratische Hürden abgebaut wurden, die Verwaltung für die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen fit gemacht wird und die Bildungspolitik einen hohen Stellenwert einnimmt.

Auch das Lkw-Mautsystem funktioniert bislang tatsächlich ohne größere Schwierigkeiten, so dass bereits der Ruf nach Einführung einer Pkw-Maut laut wurde. Die Lkw-Maut bietet die Chance zum Einstieg in die nutzungsabhängige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und dadurch die Erschließung von Kapital für den notwendigen Ausbau und Erhalt des Strassennetzes.

Die Notwendigkeit des Gelingens der Föderalismus-Reform wurde indes von niemandem bestritten. Gleichwohl schien sie zunächst gescheitert zu sein, hätte sich nicht unser Bundespräsident Horst Köhler - sozusagen um fünf nach zwölf - eingeschaltet, um die Debatte in einem zweiten Anlauf wieder in Gang zu bringen. Es bleibt zu hoffen, dass die Föderalismusreform mit dem zweiten Anlauf gelingt, auch wenn der Weg für alle Beteiligten lang und steinig erscheinen mag.

Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Beharrlichkeit – und in einem langen Atem.



---

*Katja von Maur ist Mitglied im OV Tiergarten*

## Der Gastkommentar

# Stein ins Rollen bringen!

von Ulla Neidt

CDU und SPD diskutieren rege über die Familienstudie von Forsa, die im Januar in der Zeitschrift „Eltern“ erschienen ist. Ebenso rege berichtet die Presse über dieses so komplexe Thema: Die Bevölkerung sei schuld an dem Kindermangel, Männer würden als Entscheidungsträger und Betroffene gern vergessen, Paare mit Kindern seien zufriedener als Paare ohne Kinder, der Pillenknicke wird kurzerhand in die 80er Jahre verlegt.

Zunächst einmal etwas ganz Grundsätzliches zur Geburtenrate: Wenn wir 1,2 Kinder pro Frau (bzw. pro Mann) hätten, dann hätten wir rein mathematisch in der Generation der Kinder nur noch eine Bevölkerungszahl von 60% der Elterngeneration und in der Generation der Enkel eine Bevölkerungszahl von  $60\% \times 60\% = 36\%$ . Bei den Urenkeln wären es  $36\% \times 60\% = 22\%$ , bezogen auf die Elterngeneration. Das bedeutet eine dramatische, sich von Generation zu Generation verstärkende Bevölkerungsabnahme mit extremen ökonomischen und sozialen Folgen. Einwanderung kann dies nicht kompensieren.

Bei der Geburtenrate belegt Deutschland in Europa einen der hinteren Plätze. Bei den öffentlichen Ausgaben für Familien belegen wir einen der vorderen Plätze. Familienpolitisch erfolgreiche Länder wie Frankreich (Geburtenrate 1,9) bieten dem gegenüber mehr Betreuungsmöglichkeiten, z.B. gibt es für 29% der unter Dreijährigen einen Krippenplatz. Nahezu alle 3 bis 5-jährigen besuchen die kostenlose Vorschule. Solche "Leistungsanreize für die Kindererziehung" spielen bei Frauen und Männern quer durch die ganze Bevölkerung seit dem Pillenknicke in den 60ern eine zentrale Rolle.

Umfragen bestätigen, dass in Deutschland die „richtigen“ Anreize fehlen. Diejenigen, die trotz der Misere Kinder haben, zeigen eine Unzufriedenheit. 1998 hat die OECD Paare mit Kindern unter 6 Jahren befragt, bei denen der Mann vollbeschäftigt und die Frau nicht beschäftigt ist. In Deutschland waren dies über 50% der befragten Paare, obwohl nur ca. 6% dies wünschten. Die große Diskrepanz drückt eine Unzufriedenheit über eine mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus, die in anderen Ländern wesentlich schwächer ausgeprägt war.

Leider hat die Forsa-Umfrage zu Tage gefördert, was auch von Allensbach bestätigt wurde: Es geht den 18 – 49-jährigen kaum mehr um ausreichend Betreuungsplätze. Der anhaltende Kindermangel hat dazu geführt, dass unsere Gesellschaft von Kindern entwöhnt wurde.

In vielen Kreisen gibt es keine Kinder mehr. Viele Paare sind jetzt auch ohne Kinder zufrieden. Sind wir in Deutschland in eine zweite, manifeste Phase des Kindermangels eingetreten? Kommen Anreize für die Erziehungsleistung zu spät?

In Westdeutschland steigt die Kinderlosigkeit bei Frauen mit dem Bildungsgrad (nicht in den neuen Bundesländern). Bei der Kindererziehung sind finanzielle Abhängigkeit, gekoppelt mit einer niedrigeren Rente, sowie Konflikte mit Beruf und Karriere Fehlanreize, die gerade gebildete Frauen und Männer abschrecken. 44 % der Frauen mit Hochschulstudium haben keine Kinder. In Westdeutschland ging es uns lange wirtschaftlich gut. Die meisten Mütter konnten zu Hause bleiben. Schließlich konnte man es sich kaum noch anders vorstellen, und stempelte arbeitende Mütter als „Rabenmütter“ ab. Die Zufriedenheit der Kinder hängt jedoch nachweislich von ganz anderen Kriterien ab. Hat der Wohlstand uns den Blick für das Wesentliche genommen?

Berlin sollte sich bemühen, Familien zu halten, da in Zukunft mit weniger Zuzug zu rechnen ist. Statt dessen aber gehen viele Sparmaßnahmen des Senates zu Lasten von Familien: Kitagebühren wurden erhöht, die Betreuung von Kindern und Schülern teilweise verstaatlicht und Freie Träger schikaniert, und Jugendhilfeeinrichtungen und Bäder werden geschlossen. Aber auch wir beteiligen uns an der Diskussion. Für die FDP werden Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder im Rahmen des Themas Bildung behandelt, das ein Schwerpunkt bei den nächsten Berliner Wahlen sein wird. Auch werden uns beim Landesparteitag im April mit dem Thema Familie beschäftigen.

Auf Bundesebene gibt es noch kein „sichtbares“ FDP-Konzept. Die 10 Kernpunkte des Politikwechsels von Guido Westerwelle beschäftigen sich jedenfalls alle nicht mit der Ursachenbekämpfung und Schadensbegrenzung unseres deutschen Demographieproblems. Bringen wir den Stein ins Rollen!

Auf Bundesebene gibt es noch kein „sichtbares“ FDP-Konzept. Die 10 Kernpunkte des Politikwechsels von Guido Westerwelle beschäftigen sich jedenfalls alle nicht mit der Ursachenbekämpfung und Schadensbegrenzung unseres deutschen Demographieproblems. Bringen wir den Stein ins Rollen!

---

*Dr. Ulla Neidt (BV Reinickendorf) ist Vorsitzende des OV Hermsdorf/Tegel*

## Zum Thema

# Der Hauptstadtkongress

von *Wolf-Dieter Hasenclever*

Am Samstag, 15. Januar, musste jedem Liberalen im Hyatt am Potsdamer Platz das Herz aufgehen: Unter dem Motto „Eine Stadt hilft sich selbst“ hatten fünf „bürgerliche“ Netzwerke zum 1. Berliner Hauptstadtkongress eingeladen – und mehr als 1000 Bürgerinnen und Bürger folgten. Etliche Interessenten mussten mangels Platz am Vormittag sogar wieder abziehen. Gut, dass mit Markus Löning und Mieke Senfleben die Berliner FDP sichtbar vertreten war. Denn es ging, wie die Morgenpost am 16.01. schrieb, um eine „Kultur des Aufeinanderzugehens, um Engagement, Vernetzung und Nachhaltigkeit, darum, der Politik Feuer unterm Hintern zu machen“ – kurz: Um eine liberale Stadtkultur als Leitbild.



Initiative Hauptstadt Berlin, Liberales Netzwerk, BürgerKonvent, Gesprächskreis Hauptstadtunion und das Netzwerk N21 hatten sich zusammengeschlossen, um den Kongress vorzubereiten. Scholz & Friends Agenda unter der Leitung von Johannes Bohnen übernahm „pro bono“ die – vorzügliche – Organisation, das Hyatt machte seinem guten Ruf alle Ehre.

Gesine Schwan rief im Eingangsreferat auf, mit Grundoptimismus und einer ‚gesunden Naivität‘ an die Probleme der Stadt heranzugehen. Neue Konzepte und Visionen könnten nur durch unbefangenes Neu-Denken engagierter Bürger entstehen. Bernhard von Mutius sprach über „Brücken bauen“ in der pluralen Stadt. Praktischer wurde es dann in den fünf aufeinander folgenden Podiumsrunden zu den Themen Ehrenamt, Bildung, Wirtschaft, Medien und – von mir moderiert – Politik und Verwaltung, wo verschiedene Vorhaben diskutiert und beschlossen wurden, u.a. soll im nächsten Jahr durch die Netzwerke ein „Berliner Bürgerpreis“ verliehen werden.

Aus „meinem“ Themenbereich wird ein „Handbuch bürgerfreundliche Verwaltung“ entstehen. Konkret werde ich dazu – wahrscheinlich unterstützt vom „Tagesspiegel“ – in verschiedenen Veranstaltungen Bürger, Initiativen, wirtschaftlich Tätige mit den unterschiedlichsten Anliegen und die Verwaltung an einen Tisch holen. Die Ergebnisse dürften hochinteressant werden.

---

*Wolf-Dieter Hasenclever (OV OT) ist Referent für Bildungspolitik in der FDP.*

*Bundestagsfraktion und bildungspolitischer Sprecher des Bürgerkonvent e. V.*

## Zum Thema

# FDP passiv bei Nebenjobs

von *Maren Jasper*

Mit der Enthüllung der RWE-Abfindung des Ex-Generalsekretärs der CDU, Laurenz Meyer, ist die Diskussion um Nebentätigkeiten von Abgeordneten wieder aufgeflammt. Angeheizt wurde die Auseinandersetzung durch die pikante EON-Rente von Ex-Wirtschaftsminister Müller, auf die auch schon zur Zeit der Ministererlaubnis in der Fusion EON/Ruhrgas ein Anspruch bestand. Die Empörung der Bürger ist zu Recht groß, und gerade in Zeiten von Parteien- oder Politikerverdrossenheit nicht zu unterschätzen.



Die Meinungspalette in dieser Frage reicht von einem Verbot von Nebentätigkeiten bis zu „es ist doch eigentlich in Ordnung wie es ist“. Mit Unbehagen angesichts der großen Zahl Freiberufler in der FDP-Bundestagsfraktion nahm diese verhalten Stellung. Die vorhandenen Regelungen zu Offenlegungs- und Anzeigepflichten der Abgeordneten würden grundsätzlich ausreichen. Diese passive Haltung ist meines Erachtens enttäuschend und wirft kein gutes Licht auf die FDP. Gerade Liberale müssten sich die Glaubwürdigkeit der Abgeordneten auf die Fahne schreiben, die unabdingbar für das Vertrauen der Bürger in unsere Demokratie ist.

Natürlich macht es keinen Sinn, Nebentätigkeiten von Abgeordneten zu verbieten. Wir wollen schließlich den in der Gesellschaft und im Berufsleben verankerten Volksvertreter. Dennoch muss der Bürger bestmöglich über diese Tätigkeiten informiert sein. Zwar müssen Bundestagsabgeordnete dem Bundestagspräsidenten Nebentätigkeiten anzeigen, wenn sie Einkünfte über 3000 Euro im Monat oder 18.000 Euro im Jahr haben. Die Bürger selbst sind über diese Einkünfte aber nur unzureichend informiert. Im Bundestagshandbuch sind zwar die Nebentätigkeiten der Abgeordneten aufgeführt, jedoch keinerlei Hinweise zu Einkünften. Bessere Auskunft geben hier die zum Teil vorbildlichen Homepages einiger Abgeordneter.

Die Auskunftspflichten gilt es – unter Beachtung der Berufsträgergeheimnisse bestimmter Berufsgruppen – zu verschärfen. Handlungsbedarf besteht auch zu einer stärkeren Ahndung von Verstößen gegen Anzeigepflichten.

---

*Maren Jasper (OV OT) ist Mitglied im Landesvorstand der Berliner FDP*

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Keine uferlose Telefonüberwachung

von Alexander Ritzmann



Fast zwei Jahre brauchte der Senat, um der FDP Forderung nach mehr Transparenz in der Telekommunikationsüberwachung (TÜ) nachzukommen. Im März 2003 hatten wir den entsprechenden Antrag eingebracht, dem das Abgeordnetenhaus im September 2004 zugestimmt hat. Seit vergangener Woche wird der Senat, bundesweit einmalig, über Art und Umfang der TÜ in Berlin berichten.

Die Überwachung von Telefongesprächen ist ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung von Schwermriminalität. Jedoch stellt das Abhören einen schweren Eingriff in die Privatsphäre auch nicht beschuldigter Bürger dar. Seit 1996 hat sich die Anzahl überwachten Telefonanschlüsse (584 in 2003) fast vervierfacht. Schätzungen von Bürgerrechtsorganisationen zufolge werden pro Anschluss Gespräche von durchschnittlich 100 Personen mitgehört. Dazu gehören der Ehepartner genauso wie der Sportkamerad oder die beste Freundin. Bis zu 58.000 größtenteils unbescholtene Berliner sind damit im Jahre 2003 abgehört worden. Dieser Tendenz zur uferlosen Telefonüberwachung sind wir klar entgegengetreten. Nachdem Justiz-Staatssekretär Flügge im Datenschutzausschuss erklärt hatte, er könne diesen Anstieg selbst nicht erklären, musste die Koalition wohl zustimmen. Dies ist die absolute Ausnahme, denn normalerweise werden unsere Anträge niedergestimmt. Häufig mit dem Zusatz, man teile ja den Inhalt, aber ...

Auch bestehen erhebliche rechtsstaatliche Probleme bei der Überwachungspraxis. Ein Gutachten des Freiburger Max-Planck-Instituts (2003) stellt fest, dass es in der TÜ an Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Kontrolle mangelt.

Der jetzt beschlossene Bericht ist die Voraussetzung zur Behebung dieser Missstände und damit zur Sicherung von Bürgerrechten. Weitere bundesrechtliche Schritte, insbesondere zur Verbesserung der richterlichen Kontrolle und der Benachrichtigungspflicht – weniger als 30 % der Betroffenen werden nach Abschluss der Maßnahme informiert, obwohl dazu eine gesetzliche Verpflichtung besteht – müssen folgen.

---

*Alexander Ritzmann MdA (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) ist stellv. Vorsitzender FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus und deren Sprecher für Inneres*

Aus der Landespartei

## Parteitag nach Moabit

von Tim Stuchtey



Vor dem Landesausschuss am 25.01. traf sich der Landesvorstand und diskutierte die anstehenden Herausforderungen der kommenden Monate. So gilt es, das beschlossene Programm ‚Berliner Freiheit‘ für die Öffentlichkeit aufzubereiten und den Multiplikatoren unserer Stadt bekannt zu machen. Hierzu werden die Koordinatoren auch gebeten, Kurzfassungen ihrer Kapitel für den Kontakt mit den interessierten Bürgern zu produzieren, die über das Internet verfügbar gemacht werden. Eine gedruckte Fassung der Berliner Freiheit soll zum kommenden Landesparteitag am 16. April 2005 vor Ort zur Verfügung stehen. Daneben haben sich einige Mitglieder des Vorstands bereit erklärt, mit Hilfe der zuständigen Fachausschüsse einen Leit Antrag für den Parteitag zum Thema Wirtschaftspolitik zu erarbeiten, der – so die ersten unfertigen Überlegungen – sich mit den Erfolg versprechenden so genannten Clustern Berlins und deren Förderung auseinandersetzen soll. Weitere Themen des im Übrigen in der Universal Hall in Moabit stattfindenden Parteitages werden die Familienpolitik sowie die Innen- und Rechtspolitik sein.

Markus Löning berichtete zudem, dass er mit Vertretern anderer Parteien in Kontakt sei, um gemeinsam eine Aktion gegen den angekündigten Aufmarsch der NPD am 8. Mai am Brandenburger Tor zu organisieren.

Im Vorstand wie auch später im Landesausschuss wurde über die Nebentätigkeiten von Abgeordneten gesprochen. Markus Löning und Hellmut Königshaus berichteten ausgiebig über die hierzu laufende Diskussion in der Bundestagsfraktion – schließlich ist in diesem Zusammenhang unsere renommierte Wissenschaftspolitikerin Ulrike Flach in die Kritik geraten und letztlich von ihrem Vorsitz des Wissenschaftsausschusses des Bundestages zurückgetreten.

Ferner ist der Parteivorstand in erste Überlegungen eingetreten, wie der 60. Geburtstag der Berliner FDP in diesem Sommer zu begehen ist. Natürlich erhoffen wir uns einen Beitrag unserer

Ehrenvorsitzenden und Zeitzeugin Ella Barowsky, die jüngst ihren 93. Geburtstag feierte. Die FDP ist doch noch ein recht junger Haufen.

---

*Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im Landesvorstand der Berliner FDP*

## Berichte aus Mitte

### **Verwaltungsfehler macht Berlin-Kolleg extrem teuer**

*Henner Schmidt für die BVV-Fraktion*

Aufgrund eines offensichtlichen Verwaltungsfehlers muss der Bezirk für den Umzug des Berlin-Kollegs nun ca. 430.000 Euro nachzahlen. Das Berlin-Kolleg zog im Januar 2005 in ein bezirkseigenes Gebäude, um eine Verlängerung des bestehenden, sehr teuren Mietvertrages am derzeitigen Standort zu vermeiden. Wie sich nun herausstellt, wurde der Mietvertrag offensichtlich nicht richtig gekündigt, so dass das Bezirksamt gezwungen ist, weiterhin Miete für den alten Standort zu zahlen. Die hohe Summe stellt angesichts der Finanzlage des Bezirks eine extrem hohe Belastung dar. Der Vorgang wird nun im Einzelnen aufgeklärt. Zuständiger Stadtrat ist Herr Lamprecht (CDU). Aus Sicht unserer Fraktion trägt Herr Lamprecht zumindest die politische Verantwortung. Ich werde persönlich im Hauptausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss den Vorgang in allen Details aufrollen. Sollte sich ergeben, dass Herrn Lamprecht Fehler nachzuweisen sind, werden wir in Abstimmung mit den anderen Fraktionen der Zählgemeinschaft weitere Schritte einleiten.

#### **SCHULSCHLIEßUNGEN OHNE DISKUSION MIT DEN BÜRGERN**

Das Bezirksamt (Frau Hänisch, SPD) plant derzeit, mehrere Schulen zusammenzulegen bzw. ganz aufzulösen. Dabei steht u.a. auch die Theodor-Heuss-Schule auf der Schließungsliste, die sich durch ein besonderes pädagogisches Angebot auszeichnet. Das Bezirksamt weigert sich, alternative Szenarien zu seinen Schließungsplänen auszuarbeiten. Eine öffentliche Diskussion wurde im Schulausschuss unterbunden, indem die Mehrheit aus SPD, Grünen und PDS einfach die zahlreich vertretene Öffentlichkeit ausschloss. Gerade die Grünen, die sich sonst so basisdemokratisch geben, trauten sich nicht, die Öffentlichkeit zu Wort kommen zu lassen. Violetta Hartmann als Schulausschussvorsitzende wird jedoch ihren Ansatz weiterführen, die Sitzungen des Schulausschusses öffentlich in den betroffenen Schulen abzuhalten.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Telefon 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

### **Bürgerbeteiligung, Praxis**

*Bürgerdeputierter Peter Lundkowski*

In der 36. Schulausschußsitzung der BVV Mitte vom 13.01. zeigten SPD, PDS und die Grünen Nerven und „Angst“ vor den etwa 60 anwesenden Bürgern – für einen wesentlichen Teil der Sitzung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Im öffentlichen Teil äußerten sich Vertreter der Th.-Heuss-Oberschule (ein Oberstufengymnasium besonderer Prägung), der E.-Reuter-Oberschule (eine Mittelstufenoberschule) und der Oberschule am Köllnischen Park (eine Oberschule mit kleiner Oberstufe) zu der geplanten Zusammenlegung der drei Schulen. Diese Maßnahme bedeutet für die Th.-Heuss-Oberschule eine Auflösung, die pädagogisch nicht zu rechtfertigen ist. Aufgrund des Ausschlusses der Öffentlichkeit konnten die anwesenden Bürger den anschließenden Diskussions- und Entscheidungsprozeß nicht verfolgen. Sie werden auf der nächsten BVV-Sitzung nur die Statements der Fraktionssprecher hören. Dieses merkwürdige Verhalten wurde „hinter vorgehaltener Hand“ mit Angst vor Randalen begründet – obwohl der Verlauf des öffentlichen Teils sehr diszipliniert und sachlich orientiert war. Schließlich muss angemerkt werden, dass unsere Vorsitzende des Ausschusses, Frau Hartmann, im Vorfeld dieser Sitzung mächtig unter Druck gesetzt wurde.

### **Weichenstellung bis 2006**

*Stefan Scholz vom OV Friedrichstadt*

Aktive Basisdemokratie kann zu Überraschungen führen. In diesem Fall wurden deren Akteure bei den Gremienwahlen im OV Friedrichstadt jedoch belohnt. Sowohl den Bezirksvorsitzenden Harald Berzl als auch den BVV-Fraktionsvorsitzenden Henner Schmidt wählte der Ortsverband für den Bezirksausschuss wie auch als Landesparteitagsdelegierte auf die vordersten Plätze. Auch Dr. Landauer, Enfant terrible der letzten Bundesdelegiertenversammlung, vertritt Friedrichstadt ebenfalls als Landesparteitagsdelegierter – ein Zeichen für gemeinsame und konstruktive Politikinitiativen in der Zukunft.

Im Vorstand gab es interessante Veränderungen. Wenn auch ohne weiblichen Zuwachs, so erfreut sich Friedrichstadt seit neuem einer gewissen



Internationalität. Mit Michael Vodnitskiy wurde das erste ausländische Parteimitglied in ein OV-Gremium gewählt. Den Vorsitz hält weiterhin Heiko Müller-Nick, unterstützt von den Stellvertretern Ingo Kamps und Stefan Scholz. Die Wahl des Schatzmeisters wurde vertagt – LIPS (Liberaler Parteiservice) hatte die Unterlagen für die Kassenprüfung nicht rechtzeitig erstellt.

## **Flick-Ausstellung**

### *Helmut Abrell vom OV Oranienburger Tor*

Die umstrittene Privatsammlung von Friedrich Christian Flick im Hamburger Bahnhof war am 15.01. eine Herausforderung an die 25 Mitglieder und Freunde des Ortsverbandes Oranienburger Tor, organisiert von Jan Deichsel und von einem sachkundigen Führer erläutert.

Verstörte Diskussionen und schmähende Polemik überlagerten die Ausstellung lange vor der furiosen Eröffnung. Beim Gang durch die ehem. Rieck'schen Lagerhallen neben dem Hamburger Bahnhof tritt man ein in die Hölle eines labyrinthischen Jahrmarkts mit gigantischen Rauminstallationen, ist überwältigt von der Masse dieses Konglomerats der Gegenwartskunst, dann ergriffen, gefangen, befremdet entsetzt und gleichzeitig berührt: Zeitgeistliche crazyness, madness, trash, porn und psychiatry. Oder mit den Worten eines Betrachters: "Welche schreckliche Vision der Kunst sollte dem Horror der Realität gewachsen sein?" Ein Ereignis, das aufgrund der kulturpolitischen Besonderheiten dieser Ausstellung und der wirtschaftlichen Interessen von Mäzenatentum im Allgemeinen für liberale Anliegen von besonderer Bedeutung ist.

Zu viel allerdings für eine grundsätzliche Diskussion an diesem Tag der Eindrücke – Ein Thema für die Agenda 2005 des agilen Ortsverbandes.

## **Theorie sozialer Systeme**

### *Peter Pawlowski für den OV Tiergarten*

Am 27.01. hat die Jahreshauptversammlung des OV Tiergarten seinen neuen Vorstand gewählt, welcher weitgehend der alte ist: Der Vorsitzende: Peter Pawlowski, stell. Vors. Dr. Kurt Lehner, Michael Saß, Beisitzer Antje-Karen Pieper, Christian Hapke und Donald Tuckwiller. Der Schatzmeister wird im Februar gewählt.

In seiner „Soziologischen Aufklärung“ (Teil 4) beschreibt Niklas Luhmann, der hoch gerühmte Theoretiker sozialer Systeme, die Organisation der Machtverhältnisse, die für ihn einen Schlüsselbegriff bilden. Luhmann schreibt dort unter anderem: „Die Existenz von komplexen Organisationssystemen innerhalb der Gesellschaft hat

zur Folge, dass Organisationsmacht von außen anders eingeschätzt wird als von innen. Von außen gesehen, wird die Homogenität und Einsetzbarkeit von Organisationsmacht typisch überschätzt. Die Macht wird der Spitze zugeschrieben, während in Wahrheit schwer durchschaubare Machtbalancen vorliegen...“.

Dieses Prinzip gälte nach Luhmann universell, für alle neu gewählten Gremien.

## **Spitze: Bettina v. Seyfried**

### *Natja Denk vom OV Wedding*

Den Reigen der Jahreshauptversammlungen im Bezirk eröffnete diesmal der Weddingener Ortsverband mit seiner Sitzung am 12.01. Das Ergebnis der Vorstandswahl: An die Spitze des Ortsverbandes rückt für die nächsten zwei Jahre die bisherige stellv. Vorsitzende Dr. Bettina Edle von Seyfried, während Peter Lundkowski und Natja Denk als ihre Stellvertreter bestellt wurden. Das Amt des Schatzmeisters versieht weiter Erwin Loßmann. Beisitzer sind Volker Jürgenzen, Matthias Röding und Michael Röhr.

Bevor der neue Vorstand in einer offenen Sitzung am 02.02.2005 die Agenda für die vor ihm liegende Amtszeit beraten und festlegen wird, formulierten die versammelten Mitglieder auf Grundlage der vom scheidenden Ortsvorsitzenden Sebastian Nowakowski geübten Rückschau bereits folgende organisatorische Ziele für die Zukunft: Eine optimierte Mitgliederkommunikation und bessere Teamführung. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der kurzfristigen Überarbeitung der Internetseite des Ortsverbandes.

## **In die richtige Richtung**

### *Udo von Massenbach vom OV Wilhelmstadt*

Der Rechenschaftsbericht 2004 entspricht den Vorschriften einer Prospekthaftung war die Verfasserin geneigt zu sagen, als den Teilnehmern der JHV 2005 am 03.02. (Weiber-Karneval) eine bunte und aufgemachte Darstellung des OV in 2004 vorgelegt wurde. Empfehlung: Nachahmenswert.. So führte die mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende Violetta Hartmann mit bekannter Liebenswürdigkeit den Abend. Ihr zur Seite mit gleichfalls überragenden Mehrheiten gewählt die Stellvertreter Daniela Zehentner und Anno Blissenbach. Schatzmeister wurde mit einer obligaten Enthaltung Erwin Ludwig. Als Beisitzer: Werner Hassepaß, Marc Lienau und Jeannette Uhlmann.

Die Diskussion an diesem Abend war von Humor geprägt; Dank gilt Knud-M. Wichalski, der Klippen der neuen Satzung gekonnt aufzeigte und hier ein wackerer Lotse war. Es muss schon

einen Grund haben, warum die christliche Seefahrt im geplanten Logo auftaucht: ‚In die richtige Richtung. Nicht gegen den Strom‘. Als Plandatum genannt: 100 Jahre Friedrich-Wilhelm-Stadt. Für den Historiker: Jena-Schlieffen-Schloß. Preußen ahoi.

Martina Rozok hatte schon recht, als sie den Ortverband als eine Mixtur von interessanten Geistern bezeichnete.

## Personalien

(au) Fröhlich und ausgelassen ging es zu im Januar auf dem Liberalen Stammtisch Mitte, dem vorletzten unter der Ägide des Bezirksvorsitzenden **Harald Berzl** (Friedrichstadt). Einen kleinen Geisterbahn-Schauer für die Parteifreunde gab es auch noch, als ein gewisser **Klaus Gröbig** auf dem Weg zu einer anderen Veranstaltung in der gleichen Gaststätte den Saal durchquerte.

(au) Zum „Hauptstadtkongress“ unter dem Motto „Eine Stadt hilft sich selbst“ hatten fünf Bürger-Initiativen ins Grand Hyatt Berlin geladen, und der Zuspruch war überwältigend. Stärkung von Bürgerengagement und Bildung von Netzwerken zwischen verschiedenen Bürgerinitiativen waren wesentliche Themen des engagierten Austausches, an dem sich auch zahlreiche Berliner Liberale beteiligten. So war unser Landesvorsitzender **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf) dabei, aus Mitte etwa der stellvertretende Bezirksvorsitzende **Peter Pawlowski** (Tiergarten), **Peter Altmiks** und **Gisela Kleemann** (beide OT), **Bernhard Elias** (Wilhelmstadt) und auch **Michael Vodnitskiy** (Friedrichstadt) oder aus dem schönen Reinickendorf **Mieke Senfleben** MdA. Eine zentrale Rolle auf der Veranstaltung fiel **Wolf-Dieter Hasenclever** (OT) zu: Der bildungspolitische Referent der FDP-Bundestagsfraktion und bildungspolitische Sprecher des Bürgerkonvent e.V. moderierte den Panel ‚Politik und Verwaltung‘, Redner dort u.a. Parteifreund **Rupert Graf Strachwitz** (Direktor von Maecenata, Institut für Philantropie und Zivilgesellschaft) und Prof. **Christoph Stölzl** (CDU).

(au) Die Unabhängigkeit von Abgeordneten – und, ebenso wichtig, den öffentlichen Eindruck dieser Unabhängigkeit – zu sichern, das ist eine noble Aufgabe. Schmerzhaft ist es, dabei, wie geschehen, eine erstklassige Wissenschaftspolitikerin wie **Ulrike Flach** MdB (NRW) bis auf Weiteres für die Arbeit an vorderster Linie zu verlieren. Den Vorsitz im Wissenschaftsausschuss des Bundestages soll statt ihrer nun **Conny Pieper** MdB (Sachsen-Anhalt) – deren Büro die derzeit im Baby-Urlaub befindliche **Daniela Zehentner**

(Wilhelmstadt) leitet – übernehmen. Im Übrigen wird Piepers zuletzt nicht unumstrittene Tätigkeit als FDP-Generalsekretärin auf dem Bundesparteitag 2005 enden, Pieper wird – wohl mit breiter Zustimmung – für das Amt einer stellvertretenden Bundesvorsitzenden kandidieren, und zwar auf dem durch den Rücktritt von **Walter Döring** (auch die Unabhängigkeit von Ministern im o.g. Sinne ist wichtig) vakant gewordenen Platz, welchen der LV Baden-Württemberg bislang als Erbhof betrachtete. Letzteres hat Folgen: Die Südwest-Liberalen, die einen langen Weg vom Motor zum Bremsklotz der liberalen Sache hinter sich haben, fordern in Gestalt ihrer Landesvorsitzenden **Birgit Homburger** MdB als Ausgleich das Amt des Generalsekretärs – wobei zu hoffen ist, dass Homburger den vorzüglich geeigneten MdB **Dirk Niebel** meint. Immerhin steht für die wissenschaftspolitische Lücke, welche der Rücktritt von Flach gerissen hat, mit **Tim Stuchtey** (Tiergarten) und auch mit **Christoph Hartmann** (Saarland) trefflicher Nachwuchs bereit.

(au) Auf der Jahreshauptversammlung haben die JuLis Mitte ihren Bezirksvorstand neu gewählt: Das Team um den alten und neuen Vorsitzenden **Christoph Santl** (OT) besteht aus Stellvertreter **Terence Freibier** (Tiergarten) und dem Schatzmeister **Alexander Wagner**. Verbunden mit einem Dankeschön an die ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstandes, **Joachim Schadel** und **Felix Kayser**, formuliert Santl die nächsten Ziele: ‚Wir wollen den Grünen in Mitte einheizen, weiter wachsen und auf Landeskongressen stärker programmatisch auftreten. – Auf weiterhin gute Zusammenarbeit mit der FDP Mitte!‘

(au) Wo verabredet sich der Mann von Welt an Thanksgiving? Am Dulles International Airport in Washington DC, dachten sich unser stellv. Bezirksvorsitzender **Peter Pawlowski** (Tiergarten), auf Recherche für seine Dissertation zur „privaten Kunstförderung“, und Bezirks-Schatzmeister **Corvin Tolle** (OT), auf Geschäftsreise. In Philadelphia hingegen suchte Landesvorstandsmitglied **Tim Stuchtey** den Truthahn: Er war für die Humboldt-Universität unterwegs.

(au) Nicht alle Milieus sind einfach. Als Landesvorstandsmitglied **Frank Peters**, Bezirksvorsitzender von Kreuzberg-Friedrichshain und Hobby-Musiker, seiner neuen Band im Kreuzberger Kiez offenbarte, er sei politisch aktiv, begann ein eifriges Raten: Ist der Kollege nun bei den Grünen oder bei der SPD?

(au) Die Jahreshauptversammlungen 2005 der Ortsverbände sind durchgeführt, wird die Berli-

ner FDP Ende der Woche wohl sagen können – alle bis auf eine. So musste es der in vielerlei Hinsicht vorbildliche Ortsvorsitzende von Charlottenburg City, **Matthias Fronius**, erleben, wie zwei Mitglieder des Ortsvorstandes kurzerhand die Versammlung sprengten. Fakten: Ein allseits - wenn überhaupt - nur als Formalismus für nötig erachteter Vorstandsbeschluss wurde nicht einfach ad hoc herbeigeführt, sondern erhält eine eigene Sitzung. Dann gibt es JHV die Zweite.

## Leserbriefe

### *Yvonne Wende*

Sehr geehrter Herr Augustin, ich möchte mich im Namen aller Eltern bei Ihnen und Dr. Frank Zahn wie auch bei Ihrer BVV-Fraktion, insbesondere Herrn Schmidt und Herrn Pawlowski, für Ihren Einsatz, die Zeit und Ihr Engagement für unsere Elterninitiative „Berlin Metropolitan School“ bedanken. Die letzten Tage waren ja besonders spannend und aufregend.

Wir haben bei der Suche nach einem Schulgebäude in der Spandauer Vorstadt zwar noch kein Ergebnis, das der internationalen Schule in Mitte real helfen würde. Trotzdem finden wir, dass wieder eine nächste Stufe erreicht wurde. Vielen Dank auch für Ihren Mut. In der Spandauer Vorstadt ist es anscheinend ja schon mutig, wenn man für eine freie Schule eintritt, die aus eigener Initiative versucht, fehlende Möglichkeiten des Staates hier zu ersetzen. Mutig, wenn man andere Initiativen unterstützt, die nicht auf die Lösung von „oben“ warten und sich mit bestehenden Situationen abfinden.

Unsere Kinder werden später neben vielen Sprachen, früher naturwissenschaftlicher Ausbildung, Kunst, Musik, Karate, Schwimmen, sozialer Kompetenz usw. erfahren, dass man für die Zukunft neue Wege kämpfen muss, nicht immer schnell und auf gerader Linie gewinnen kann.

Auch die besten Ideen und Lösungen setzen sich halt nicht immer von allein durch – seit 20 Monaten suchen wir nun ein Schulgebäude. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns weiter unterstützen und wir irgendwann, hoffentlich schon zu Beginn des Schuljahres am 01. August 2005, sagen können, die internationale Bildung von Kindern ist in der Spandauer Vorstadt möglich.

### *Kurt Lebner (OV Tiergarten)*

In LC 01/05 wurde die Integrationspolitik thematisiert - aber leider ohne Hinweis auf das neue Integrationskonzept der FDP-Bundestagsfraktion (zu finden unter [www.klaus-haupt.de](http://www.klaus-haupt.de)), das von deren integrationspolitischem Sprecher Klaus Haupt erarbeitet und im vergangenen Dezember

der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die FAZ berichtete am 11. Dezember in einem Vierspalter ausführlich darüber und urteilte: "Die FDP verwirklicht in aller Stille ihren Anspruch, Programmartei zu sein." Die FDP sei nicht, wie andere Parteien, kompromissgelähmt: "So hat die Bundestagsfraktion ein Integrationskonzept vorgelegt, das sich passagenweise wie eine Missbrauchserklärung gegen die patriotisch-germanozentrische Debattenführung bei der Union liest. (...) Neben all dem Einladenden und Fördernden... verlangt die FDP auch ab- und ausgrenzende, fordernde und strafende Elemente. Neben der grundsätzlichen Akzeptanz der Grundordnung gehört dazu die Bereitschaft, deutsch zu lernen und es auch im religiösen Umfeld zu sprechen. Abschottung sei hier, so die FDP, 'nicht akzeptabel'. (...) Und wer sich nicht integriert, nicht Deutsch lernt, der 'kann hier nicht bleiben'."

Das Integrationskonzept der FDP-Bundestagsfraktion verfällt weder in naive rotgrüne Multikultibegeisterung, die sich den realen Problemen und gefühlten Ängsten der Menschen verschließt, noch gibt es letzteren so populistisch nach wie die Ausgrenzungsstrategie der Union. Vielmehr wird klar und deutlich gesagt, unter welchen Umständen und Bedingungen Integration gelingen kann. Und dazu gehören zwei Seiten, die Mehrheitsgesellschaft und die Zugewanderten, die sich beide offen, ohne Scheuklappen und Tabus, den Anforderungen und Problemen stellen müssen. Das Papier greift auch ein Anliegen von Mehmet Daimagüler auf, das er in LC formuliert hat, seine sehr anschaulich geschilderte Enttäuschung über das eigene "Einbürgerungserlebnis". Das Haupt-Konzept fordert ausdrücklich, die Einbürgerung zeremoniell feierlich zu gestalten – das wäre eine Aufgabe, die auch auf kommunaler Ebene, etwa durch diesbezügliche Anregungen und Aufmerksamkeit der BVV-Fraktion erreicht werden kann.

### *Sibylle Meister (BV Reinickendorf)*

Im LC 01/05 wurde in einem Leserbrief von Herrn Reth die Frage aufgeworfen, wie hoch in Berlin die Staatsleistungen an die Kirchen sind. Ich möchte kurz ein paar Zahlen liefern:

Zuschüsse an Privatschulen:

Evangelische Kirche	17, 4 Mio €
Kath. Kirche	29, 0 Mio €
Jüdische Gemeinde	3, 0 Mio €
Islamische Grundschule	0, 5 Mio €
Zuschüsse an Kirchenkreise	0, 3 Mio €

Leistungen an Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften 71, 1 Mio €

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass aus dieser Summe nicht nur die evangelischen und katholischen Kirchen Mittel erhalten, zum Großteil hier für den Religionsunterricht, sondern auch die jüdische Gemeinde und andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften entsprechend ihrer Größe und Bedeutung.

Insgesamt ergeben sich über 125 Mio €.

*Sibylle Meister MdA, haushaltspolitische Sprecherin des FDP-Landesverbands Berlin und Mitglied im Haupt-ausschuss des Abgeordneten-hauses*

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Website und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats veröffentlicht. Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

### Termine

#### **Februar 2005**

- 07.02 20.00h OV OT: **Jahreshauptversammlung** im „cum laude“ (Universitätsstr. 4)
- 08.02 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 09.02 19.30h LV Berlin: **Politischer Aschermittwoch** mit Dr. Martin Lindner, MdA und Markus Löning, MdB in der Loge im Friedrichshain (Knorrpromenade 2)
- 16.02 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 20.02 Landtagswahl in Schleswig-Holstein
- 22.02 19.00h OV Wedding: **Vorstand** im Gaagan (Seestraße 101)
- 23.02 19.30h BV Mitte: **Liberaler Stammtisch Mitte** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 24.02 19.30h BV Mitte: **Jahreshauptversammlung** des Bezirksausschusses im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), Otto-Suhr-Saal
- 27.02 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** – Thema: „Mädels zeigt Eure Titten“, Menschenwürde v. Medienfreiheit, Referenten Antje Karin Pieper u.a. – im Wahlhalla (Krefelder Str. 6)

#### **März 2005**

- 01.03 - 24.03 FNSt: **Online-Seminar** „Fundraising offline und online - E-Learning-Seminar für Vereine und Verbände“ der Virtuellen Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung, Info unter <http://admin.fnst.universum.de/uploads/476/314/fundrais05.pdf>
- 01.03 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss**, Infos unter [www.fdp-berlin.de](http://www.fdp-berlin.de)
- 08.03 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 09.03 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 27.03 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Wahlhalla (Krefelder Str. 6)

#### **April 2005**

- 06.04 Bundesverband: Antragsschluss für Anträge zum ordentlichen Bundesparteitag 2005
- 16.04 LV Berlin: **Ordentlicher Landesparteitag** in der Universal Hall (Gotzkowskystr 22) Infos unter [www.fdp-berlin.de](http://www.fdp-berlin.de)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**  
**Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an [termine@fdp-mitte.de](mailto:termine@fdp-mitte.de)**